



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDERATES NR. 9

Am **am Dienstag, 19. Dezember 2023 um 16:00 Uhr**, ist im Sitzungssaal des Gemeinderates von Scenna, Erzherzog Johann Platz Nr. 1, nach Erfüllung der im geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Region Trentino – Südtirol sowie in der geltenden Gemeindegesetzgebung und Geschäftsordnung des Gemeinderates enthaltenen Formvorschriften, der Gemeinderat zu einer Sitzung (Erste Einberufung) einberufen worden.

Anwesend sind:

	EA	UA		EA	UA
Annelies Pichler			Andrea Mair		
Barbara Klotzner			Franz Patscheider		
Franz Dapra'			Hannes Dosser		
Irene Theresia Öttl			Johann Pircher		
Josef Mair			Oswald Zöggeler		
Simone Berta Piffer			Stephan Raffl		
Simon Klotzner			Stefan Wieser		
Walter Dosser					

Den rechtlichen Beistand leistet die Gemeindegeschäftsführerin, Frau Dr. Birgit Sulser

Die Bürgermeisterin Annelies Pichler übernimmt den Vorsitz, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und erklärt die Sitzung als eröffnet.

Als Stimmzähler dieser Sitzung werden die Ratsmitglieder Irene Öttl und Simon Klotzner bestimmt.

1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.10.2023**

Das Protokoll der Sitzung wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Gemeinderat Raffl) genehmigt.

2. Einheitliches Strategiedokument 2024 - 2026. Genehmigung

Die Gemeindesekretärin erläutert kurz die Funktion und den Aufbau des Strategiedokumentes. Der operative Teil gehe Hand in Hand mit den Daten des Haushaltsvoranschlags.

Anschließend erläutern die Gemeindesekretärin und die Bürgermeisterin anhand einer Präsentation die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsvoranschlages, und zwar die Gliederung und die Beträge der Einnahmen und Ausgaben, die Gebühren für Trinkwasser, Abwasser und Müll, die Beiträge an die Vereine und Körperschaften, die noch offenen Darlehen und die geplanten Investitionen.

Gemeinderätin Klotzner erkundigt sich, ob beim Kindergarten bereits außerordentliche Instandhaltungsarbeiten notwendig seien, da ein Betrag von 25.000 Euro vorgesehen sei.

Gemeinderätin Piffer erklärt, dass dies ein Pauschalbetrag für alle Kindergärten sei und unter anderem in Verdins im Garten des Kindergartens einige Instandhaltungsarbeiten notwendig seien. Die Gemeindesekretärin erklärt, dass die außerordentliche Instandhaltung ein Überbegriff für notwendige Reparaturen sei.

Gemeinderat Zöggeler erkundigt sich, ob die laufenden Zuweisungen des Landes eine Pro-Kopf-Quote seien.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass es sich nicht mehr um eine reine pro Kopf Quote handle, sondern auch teilweise die eigene Fähigkeit der Gemeinde Einnahmen zu generieren berücksichtigt werde, z.B. die Einnahmen aus GIS, Strom und Wasserkraft.

Gemeinderat Patscheider wirft auf, dass also jene Gemeinden, die selbst Einnahmen haben, weniger vom Land bekommen.

Der Vizebürgermeister erklärt in Bezug auf die Beträge, die für das Schwimmbad vorgesehen seien, dass einiges an Instandhaltungsarbeiten heuer schon beauftragt worden sei und man auf einem guten Weg sei.

Gemeinderat Simon Klotzner erinnert noch einmal an das Müllproblem, das er in der letzten Sitzung angesprochen habe.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass das inzwischen mit den Konzessionsinhabern besprochen wurde, so wie auch andere kleinere Probleme. Er hoffe nun, dass das klappe.

Gemeinderat Raffl äußert, dass das Lido leider für Kleinkinder relativ mager ausgestattet sei.

Die Bürgermeisterin und der Vizebürgermeister stimmen dem zu, allerdings sei eine Anpassung mit hohen Kosten verbunden. Es werde allerdings überlegt, ob es Möglichkeiten gebe, die Situation für Kleinkinder mit einigen einfacheren Maßnahmen zu verbessern.

Gemeinderat Pircher erklärt, dass der Ankauf eines Elektrofahrzeuges für den Bauhof geplant sei, da der Piaggio Porter ständig in Reparatur sei und um die Arbeit der Gemeindearbeiter besser organisiert werden könne.

Der Vizebürgermeister fügt dem hinzu, dass die Elektrofahrzeuge in Zukunft dann über die Photovoltaikanlage der Schule aufgeladen werden können.

Gemeinderat Simon Klotzner erkundigt sich, warum der Beitrag an den Jugenddienst dieses Jahr 40.500 Euro ausmache, während er in den Vorjahren immer 40.000 Euro ausgemacht habe. Er begrüße diese Erhöhung jedenfalls.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass dies immer auf eine Berechnung des Jugenddienstes zurückzuführen sei.

In Ermangelung weiterer Wortmeldungen bedankt sich die Bürgermeisterin an dieser Stelle bei den Mitarbeitern der Buchhaltung, bei der Gemeindesekretärin und dem Revisor für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlages.

Das einheitliche Strategiedokument wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

3. Haushaltsvoranschlag 2024 – 2026. Genehmigung

Anschließend wird auch über den Haushaltsvoranschlag abgestimmt.

Der HVA wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt

4. Feuerwehrdienst - Genehmigung der Haushaltsvoranschläge für das Jahr 2024 der in dieser Gemeinde bestehenden freiwilligen Feuerwehren

Die Gemeindesekretärin erklärt kurz die Eckdaten der Einnahmen und Ausgaben in den Haushalten der freiwilligen Feuerwehren.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass bei der freiwilligen Feuerwehr Schenna bei den außerordentlichen Ausgaben der Ankauf eines Fahrzeuges vorgesehen sei. Außerdem bedankt sie sich für den wertvollen Dienst der Feuerwehren und hebt positiv hervor, dass die Feuerwehren stets bemüht seien, eigene Einnahmen durch Veranstaltungen zu generieren.

Die Haushaltsvoranschläge der freiwilligen Feuerwehren werden mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

5. Verlängerung des Auftrages des Rechnungsprüfers der Gemeinde für den Dreijahreszeitraum 2024 bis 2026 - Dr. Ulrich Maas - CIG Z103D71BEF

Die Bürgermeisterin erklärt, dass per Gesetz eine dreijährige Verlängerung möglich sei und die Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfer sehr gut funktioniere.

Die Verlängerung des Auftrages des Rechnungsprüfers Dr. Maas wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

6. Abänderung der Dienstordnung für das Gemeindepersonal

Die Bürgermeisterin erklärt, dass diese Anpassung einer gesetzlichen Änderung geschuldet sei, mit welcher die Einkommensgrenze für die ermächtigten Nebentätigkeiten von 20.000 auf 30.000 Euro erhöht worden sei. Dies müsse nun auch in der Personaldienstordnung angepasst werden.

Gemeinderätin Klotzner erkundigt sich, ob viele Mitarbeiter/innen eine ermächtigte Nebentätigkeit ausüben. Die Bürgermeisterin erklärt, dass es derzeit nur einen Mitarbeiter betreffe.

Gemeinderat Wieser erkundigt sich, ob diese Erhöhung allgemein oder nur für Gemeindebedienstete vorgesehen sei.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass die Grenze per Gesetz erhöht worden sei und somit auch andere öffentliche Bedienstete betreffe.

Die Abänderung der Dienstordnung für das Gemeindepersonal wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

7. Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur zwischengemeindlichen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Schenna, Hafling und Tirol

Die Bürgermeisterin erklärt, dass Ziel dieses Beschlusses die Ausdehnung der übergemeindlichen Zusammenarbeit im Bereich Steueramt auf die Gemeinde Tirol sei. Sie betont zudem die positiven Auswirkungen der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit in den derzeit bestehenden Diensten.

Der Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur zwischengemeindlichen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Schenna, Hafling und Tirol wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

8. Abänderung der Gemeindeverordnung über die Gewährung von Beiträgen

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Änderung darin bestehe, dass fixe Termine für Einreichen der Gesuche vorgesehen werden. Für die außerordentlichen Beiträge werden zwei Mal jährlich Termine vorgesehen, um eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen.

Die Änderung der Gemeindeverordnung über die Gewährung von Beiträgen wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

9. Abänderung der Gemeindeverordnung über den Betrieb des Recyclinghofes in Schenna

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass dieser Beschluss gemeinsam mit dem nächsten Beschluss erklärt werde. Im Laufe der Zeit seien im Bereich Müll sowohl auf EU Ebene als auch auf staatlicher Ebene mehrere gesetzliche Änderungen beschlossen worden. Die Müllordnungen und Betriebsordnungen der Gemeinden seien nicht mehr auf dem neuesten Stand gewesen und alle unterschiedlich, deshalb habe man gemeinsam mit der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt die Müllordnungen aller Gemeinden verglichen, vereinheitlicht und angepasst. Für die normalen Bürger ändere sich allerdings nichts Wesentliches.

Gemeinderätin Barbara Klotzner bittet, in Zukunft die Änderungen an den Verordnungen gelb zu markieren, damit die Räte diese gleich erkennen können.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass das sie die Anregung an die Ämter weitergeben werde. In diesem Fall sei es aber nicht möglich gewesen, da es sich um neue Verordnungen handle.

Gemeinderat Daprà erkundigt sich, was mit dem Grünschnitt und dem Biomüll sei und wie dieser verrechnet werde.

Gemeinderat Pircher erklärt, dass es hier mehr um rechtliche Sachen gehe, wo die Gemeinde keinen Ermessensspielraum habe, nicht um die Verrechnung.

Die Gemeindesekretärin weist ebenfalls darauf hin, dass hier mit den Verordnungen ein rechtlicher Rahmen vorgegeben werde. Die Verrechnung werde in den Tarifbeschlüssen vorgesehen. Allerdings müssen die Tarife im Bereich Müll an die Vorgaben von Arera angepasst werden, was für 2024 voraussichtlich erst im Frühjahr möglich sein wird.

Die Abänderung der Gemeindeverordnung über den Betrieb des Recyclinghofes wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

10. Genehmigung der neuen Verordnung über die Bewirtschaftung der Hausabfälle und der diesen gleichartigen nicht gefährlichen Sonderabfälle

Die neue Verordnung über die Bewirtschaftung der Hausabfälle und der diesen gleichartigen nicht gefährlichen Sonderabfälle wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Der Beschluss wird mit mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

11. Abänderung des Dienstleistungsvertrages mit der Gesellschaft Südtiroler Einzugsdienste AG (SEDAG)

Die Bürgermeisterin erklärt, dass es hier um die Integration von digitalen Diensten, wie z.B. PagoPA, App-IO und Digitale Mitteilungen gehe.

Die Änderung des Dienstleistungsvertrages wird 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Der Beschluss wird mit mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

12. Genehmigung der Verordnung über die Zwangseintreibung der Einnahmen der Gemeinde

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass es sich hierbei vor allem um gesetzliche Anpassungen handelt, wie z.B. im Bereich der Ratenzahlungen.

Gemeinderat Raffl stellt die Sinnhaftigkeit solcher Abstimmungen, wenn sie sowieso vom Gesetz vorgegeben sind, in Frage.

Die Verordnung über die Zwangseintreibung der Einnahmen der Gemeinde wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

Der Beschluss wird mit mit 15 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

13. Hauptnetz des öffentlichen Verkehrs - Elektrische Transportverbindung von Meran, Schenna

& Tirol (Standseilbahn) – Grundsatzbeschluss

Die Bürgermeisterin schickt voraus, dass von diesem Grundsatzbeschluss seit Mai 2023 geredet werde und erklärt kurz den Werdegang des Vorhabens. Bisher sei er immer wieder aufgeschoben worden, die Gemeinde Tirol habe den Tagesordnungspunkt in der gestrigen Sitzung vertagt, in Meran stehe er morgen auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Die Diskussion um das Projekt selbst gibt es schon seit gut 10 Jahren. Mittlerweile liegen mehrere Studien und Projekte auf, bisher habe sich aber immer das Problem der Finanzierung gestellt. Teilweise solle dies nun über PNRR Gelder ermöglicht werden. Auch in Schenna seien mehrmals Techniker des Landes, der STA und der Verkehrsplaner Ciurnelli zu Gast gewesen, um die Bürger und den Gemeinderat zu informieren. Derzeit liege eine Machbarkeitsstudie mit unterschiedlichen technisch möglichen Trassenverläufen vor, die aus dem partizipativen Prozess hervorgegangen sind. In den Beschlussskizzen sei noch ein wesentlicher Punkt aufgenommen worden, dieser laute, dass die Umsetzung eines Mobilitätskonzeptes in Schenna mit gleicher Priorität und mit Unterstützung des Landes vorangetrieben werden soll und dass eine spätere Verlängerung zum Bahnhof umgesetzt werden soll. Insgesamt sei zu sagen, dass es sich um ein wichtiges Projekt der nachhaltigen Mobilität handle. In den Sommermonaten treten immer wieder Probleme bei den öffentlichen Verkehrsmitteln auf, der 10 Minuten Takt reiche nicht aus. Die Standseilbahn als Alternative zur Straße eingebettet in einem gesamten Mobilitätskonzept sei sicher eine gute Alternative dazu.

Die Bürgermeisterin verliest anschließend noch einmal den beschließenden Teil des Beschlussskizzen und bittet die Räte um Wortmeldungen.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass er in der Standseilbahn eine einmalige Chance sehe, die man sich nicht entgehen lassen könne. Es werde eine Möglichkeit geboten, eine gewisse Menge an Leuten straßenunabhängig zu befördern. Er verweist, dass in den Beschluss einige Auflagen eingefügt worden seien.

Gemeinderätin Piffer schließt sich den Ausführungen an. Auch sie sehe im Projekt eine Chance, auch wenn bei so großen Projekten immer wieder Probleme auftreten werden. Wichtig sei jedenfalls, dass die Standseilbahn Teil eines Gesamtmobilitätskonzeptes sei und die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel gesteigert werde.

Gemeinderat Patscheider sieht das Projekt mit gemischten Gefühlen. Einerseits handle es sich um eine Möglichkeit, um Veränderung herbeizuführen, andererseits müsse sich aber auch die Einstellung der Menschen ändern. Wichtig sei jedenfalls, dass die Gemeinde und die Anrainer bei der Projektierung mitreden können. Er wirft auf, dass man aus zeitlicher Sicht auch hätte auf Fertigstellung des Küchelbergtunnels warten können.

Gemeinderat Walter Dosser sieht die Standseilbahn als Investition in die Zukunft. Wirtschaft und Tourismus stehen sehr stark hinter diesem Projekt. Nur auf Busse zurückzugreifen stelle für Schenna keine Alternative dar.

Gemeinderat Hannes Dosser sieht das Projekt kritisch. Nur weil es Gelder dafür gebe, sei es nicht notwendig voreilig Schritte zu setzen. Es seien noch viele Fragezeichen offen, wie zum Beispiel die Führungs- und Folgekosten, die Einverständnisse und Belastung für die Grundeigentümer, der eventuelle Enteignungspreis. Der Zeitpunkt sei ebenfalls nicht ideal, da es notwendig wäre, die Fertigstellung des Küchelbergtunnels abzuwarten.

Gemeinderätin Öttl spricht sich auch gegen die Standseilbahn aus. Sie und Gemeinderat Hannes Dosser wollen aber ihr Nein nicht unbegründet dastehen haben und ersuchen daher um die Aufnahme der folgenden Stellungnahme, die verlesen wird, ins Protokoll:

Nein zum Grundsatzbeschluss zur straßenunabhängigen, öffentlichen Transportverbindung zwischen Meran, Schenna, Tirol

Für uns ist es wichtig der Bevölkerung mitzuteilen, warum wir gegen das Projekt Standseilbahn sind:

- *Zum einen gibt es Stand heute zu viele Ungewissheiten, Berg- Talstation sind nicht definiert und mit einem „Ja“ geben wir alle Kompetenzen zur Mitsprache ab. Denn im Grundsatzbeschluss steht: Die Gemeinde spricht sich für diejenige Trasse aus, die vom Land als technisch am Sinnvollsten und am landschafts-, -umwelt, und Nutz- und Wohnflächen schonendsten erachtet wird. So hat das Land freie Wahl.*

- *Außerdem: Das Land übernimmt alle Kosten, im Grundsatzbeschluss wird dieser Punkt wie folgt angeführt: „mit dem Land zur Verfügung stehenden Mitteln“. Keiner kann bis heute sagen, wie*

der Rest finanziert wird. Die Gemeinden wollen nicht zur Kasse gebeten werden. Eine Ortstaxenerhöhung liegt in der Luft, oder zahlt es bis zum Schluss der Bürger?

- Die Baukosten sind explodiert, wieviel kostet die Bahn eigentlich?
- Die Höhe und auch die Übernahme der Folgekosten ist noch nicht geregelt bzw. bestimmt.
- Die Zeitspanne der effektiven Nutzung: Von Juli bis Oktober wird die Bahn, welche im 10 Min. Takt von morgens bis ca. 22 Uhr am Abend durchgehend fährt, sicherlich gut von Touristen besucht sein. Was passiert aber im Winter? Bzw. in der Vorsaison?
- Es sei nochmals betont, dass die Standseilbahn keine Alternative für die Pendler darstellt, da die wenigsten in der Stadtmitte arbeiten und sowieso auf andere Verkehrsmittel oder Strecken angewiesen sind.
- Die Hotels im Zentrum werden profitieren aber die umliegenden Betriebe haben wenig bis keinen Nutzen.
- Wenn die Standseilbahn kommt, heißt das nicht, dass keine Busse mehr fahren, im Gegenteil auch die „Fußtouristen“ wollen weiterbefördert werden.
- Das Schenner Zentrum soll auch mit Hilfe der Standseilbahn beruhigt werden, die Standseilbahn ist aber auch eine Attraktion für Gäste. Mit der Verwirklichung dieses Projektes wird unser Dorf nachhaltig verändert, es werden noch mehr Tagestouristen nach Schenna pilgern und unsere Wege überfluten. Einheimische dagegen werden fernbleiben.
- Ein Mobilitätskonzept soll noch ausgearbeitet werden, welches Besucherströme leitet und den Verkehr in Schenna verbessern soll. Warum nicht vor diesem Beschluss?
- Der große Grundverbrauch bereitet uns Sorgen, eine unverbaute „Gegend“ sowie auch Kulturlandschaft wird mit einer Eisen- und Betonschlange verbaut – zudem ist noch gar nicht geklärt, wie Grundeigentümer entschädigt werden oder ob ein eventueller Grundtausch möglich ist (Enteignungspreise).
- Des Weiteren: Die Lebensqualität der Anwohner/-innen und Bedingungen für die Bewirtschaftbarkeit der landwirtschaftlichen Gründe müssen bei der Projektplanung berücksichtigt werden. Auch hier gibt es noch keine befriedigenden Antworten wie dies gelingen könnte.
- Teils soll die Bahn auch unterirdisch fahren, laut Techniker Alber sei dies kein Problem da die Bahn ca. 30 m unterhalb von Gebäuden fährt. Auf Nachfrage teilt er mit, dass die Bahn bei einigen Häusern (immer wenn Variante 17 kommt) nur 15 m darunter fährt. Er selbst gab in der Vorbesprechung dazu folgende Äußerung von sich: „Das möchte ich persönlich auch nicht.“
- Wir und auch einige Bürger/Schenner, die an uns herangetreten sind, wollen zuerst abwarten wie sich die Verkehrssituation durch die Inbetriebnahme des Küchelbergtunnels verändert.
- Wir plädieren für ein abwarten, bis der endgültige Trassenverlauf feststeht (samt geologischen Gutachten).
- EU Gelder (PNRR) sollten uns nicht unter Druck eine Entscheidung fällen lassen, zumal auch in der Vorbesprechung einige Bedenken angeklungen sind. Bei Investitionen dieser Größenordnung ist eine Bürgerbeteiligung sowie auch eine Volksbefragung auf jeden Fall anzudenken.
- Abschließend sollte gesagt sein, dass so manches Mal ein Besonnenes Handeln vor dem Schnellschuss stehen sollte, es geht schließlich um unser Dorf.

Gemeinderätin Barbara Klotzner erklärt, dass es wichtig sei, die Bedenken der Bürger ernst zu nehmen. Je mehr diskutiert worden sei, desto mehr Bedenken seien aufgetreten. Ein Punkt betreffe sicher auch die Tagestouristen, das müsse im Mobilitätskonzept genauer vertieft werden. Jedenfalls sei es wichtig, dass als Variante für die Bergstation der Kirchhügel explizit ausgeschlossen werde, dass dies nur für noch mehr Verkehr im Dorf Sorge. Trotz aller Bedenken spreche sie sich aber für den Grundsatzbeschluss aus.

Gemeinderat Wieser schließt sich den Ausführungen von Gemeinderätin Klotzner an. Er erinnert auch an den Werdegang des Projektes. Er selbst sei ein Freund des öffentlichen Nahverkehrs, der in Zukunft noch wichtiger wird. Nur mit Bussen könne die Fülle an Personen in den Sommermonaten sicher nicht befördert werden. Trotz der Bedenken sei er auch für die

Standseilbahn, allerdings sei es wichtig, dass die Finanzierung nicht durch die Gemeinden erfolge, und auch das Tarifsysteem müsse geklärt werden.

Gemeinderätin Öttl wirft an dieser Stelle noch auf, dass die Bevölkerung bei diesem Grundsatzbeschluss nicht mitreden könne, die Entscheidung werde somit nur im Gemeinderat getroffen.

Die Bürgermeisterin entgegnet dem, dass die Beteiligung und Information der Bevölkerung gewährleistet wurde und erinnert an den Infoday, die Bürgerversammlung zum Thema, bei denen jeweils nur ca. 80-100 Personen anwesend waren, und an die Information über die eigene Internetseite und Medien. Die Bedenken der dort anwesenden Bürger seien mehr oder weniger dieselben, wie die des Gemeinderates. In der Gemeinde liegen auch schriftliche Stellungnahmen von Bürgern mit Bedenken und Gegenstimmen auf. Jedenfalls sei die straßenunabhängige Verbindung von Meran nach Schenna auch in der programmatischen Erklärung und im Dorfentwicklungskonzept enthalten.

Gemeinderat Simon Klotzner sieht die Standseilbahn als Puzzlestück eines großen Ganzen, aber nicht nur für Schenna, sondern als Teil eines Mobilitätskonzeptes im Burggrafenamt und im Land. Dies ermöglicht es hoffentlich zusammengefügt, den Verkehr zu entlasten und neu zu denken. In den vergangenen 16 Monaten habe ein lobenswerter Partizipationsprozess stattgefunden. Deshalb sei er der Meinung, dass der Grundsatzbeschluss in diesem Gremium gefasst werden kann.

Gemeinderat Daprà erklärt, dass er grundsätzlich positiv zur Standseilbahn stehe, aber sicher auch Bedenken habe. Er schließe sich aber der Meinung der Befürworter an.

Gemeinderat Zöggeler erklärt, dass er nach einem persönlichen Abwägen der Vor- und Nachteile, die Standseilbahn auch positiv sehe.

Die Gemeinderäte Raffl und Pircher schließen sich dem an.

Der Vizebürgermeister spricht von einer Riesenentscheidung, sieht es aber grundsätzlich als Zuständigkeit des gewählten Gemeinderates, darüber zu entscheiden. Alle Eventualitäten können in dieser Phase nicht berücksichtigt werden, die Trasse muss noch bestimmt werden und auch die Details werden noch kommen. Insgesamt sei es aber eine Lösung mit mehr Vorteilen als Nachteilen.

Die Bürgermeisterin bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen in den letzten Monaten. Es brauche Mut für diesen Beschluss, aber das sei notwendig für Entscheidungen in die Zukunft.

Die Gemeindesekretärin erkundigt sich, ob die angekündigten Neinstimmen nicht nur in der Sitzungsniederschrift, sondern auch im Protokoll namentlich erwähnt werden sollen.

Die Gemeinderäte Öttl und Dosser Hannes sprechen sich dafür aus, dass ihr Stimmverhalten auch in den Beschluss mit aufgenommen wird.

Der Grundsatzbeschluss zur Standseilbahn wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen (GR Irene Theresia Öttl und Hannes Dosser) und 0 Enthaltungen genehmigt.

14. Mitteilungen und Anfragen

Gemeinderätin Klotzner erkundigt sich über den Stand der Dinge im Zusammenhang mit der Baustelle „Schenna Resort“.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass das Sanierungsprojekt in der letzten Sitzung der Gemeindekommission behandelt worden sei und die Kommission ihr Gutachten abgegeben habe. Derzeit müssen allerdings noch rechtliche Aspekte geprüft werden.

Gemeinderat Patscheider erkundigt sich nach dem Stand der Dinge in Bezug auf das Projekt zur Errichtung der Trinkwasserleitung Tall.

Gemeinderat Walter Dosser erklärt, dass die Situation schwierig sei. Es gebe ein ursprüngliches Projekt, dieses sollte von Ing. Klotzner abgespeckt werden. Es komme ein Druck seitens der betroffenen Bevölkerung und des Bodenverbesserungskonsortiums, aber aktuell fehlen noch Unterschriften. Auch die Finanzierung sei noch Problem.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Finanzierung sicher ein Hauptproblem sei. Der Haushalt gebe die Kosten, die laut Projekt vorgesehen seien, derzeit nicht her. Allerdings sei geplant, das Projekt, wenn möglich, im nächsten Kalenderjahr anzugehen.

Gemeinderat Patscheider erkundigt sich, ob inzwischen die Ergebnisse zum EFRE Projekt im Bereich Digitalisierung vorliegen.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass das Projekt erst kürzlich abgelehnt worden sei, da laut Land die Mindestpunktzahl nicht erreicht werde. Die Bewertung wurde beim zuständigen Landesamt angefordert, um sie zu analysieren. Die Bewertung ist in vielen Teilen unverständlich.

Gemeinderat Hannes Dosser erkundigt sich, was die beauftragte Firma dazu sagt.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass im Januar ein Treffen zur Abklärung geplant sei.

Der Vizebürgermeister informiert zusätzlich, dass die Firma Infranet derzeit die Vervollständigung des Glasfasernetzes in Schenna plane. Bis 31.01.2024 können Interessierte auf der Seite der Infranet nachschauen, ob die eigene Zone betroffen ist und sich dann melden.

Gemeinderätin Barbara Klotzner fragt, warum das Schild „nur für Anrainer“ auf der Straße nach Tall entfernt worden sei.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass dies notwendig gewesen sei, weil für die Instandhaltung der Straße Landesbeiträge in Anspruch genommen wurden. Das Gesetz sehe vor, dass die Straße in diesem Fall öffentlich befahrbar sein muss.

Gemeinderat Daprà erkundigt sich nach den geplanten nächsten Schritten im Bereich Mobilität.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass Ing. Ciurnelli nun alle Daten habe und Anfang des Jahres 2024 einen ersten Vorschlag für das Mobilitätskonzept unterbreiten werde. Dieses werde anschließend im Gemeinderat diskutiert werden müssen, und zwar voraussichtlich im Frühjahr.

Nach Abschluss der Tagesordnung und Erörterung aller Diskussionspunkte wird die Sitzung um 18.30 Uhr geschlossen.

DIE BÜRGERMEISTERIN
Annelies Pichler

DIE GEMEINDESEKRETÄRIN
Dr. Birgit Sulser